

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

die Diskussion über eine mögliche Steuererhöhung hat in diesem Herbst die Haushaltsberatungen in der Gemeinde Rastede stark geprägt.

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass in der Vergangenheit so intensiv über die Gemeindefinanzen diskutiert und teilweise auch politisch gestritten wurde.

Dabei ist das grundsätzliche Problem nicht neu. Seit einigen Jahren weisen ich und unser Kämmerer Frank Dudek auf das strukturelle Defizit hin, das unseren Haushalt überschattet.

Um in diesem Jahr überhaupt einen diskutierbaren Haushaltsplanentwurf vorzulegen, hat die Verwaltung bereits vor der ersten Beratung im Oktober über eine Millionen Euro an eigentlich notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen gekürzt und zahlreiche Investitionen gestrichen oder geschoben.

Das Ergebnis: Es fehlten immer noch rund 1,2 Millionen Euro, um den Haushalt auszugleichen und die vom Landkreis angemahnte Eigenfinanzierungskraft sicherzustellen.

Im Verlauf der Haushaltsberatungen haben wir dann alle Möglichkeiten aufgezeigt, wie auf die Situation reagiert werden kann.

Zum einen haben wir Steuererhöhungen ins Spiel gebracht. Eine Maßnahme, die bei Kommunalpolitikern und auch in der Bevölkerung in der Regel keine Freudenstürme aufkommen lässt.

Als zweite Möglichkeit haben wir anhand einer umfangreichen Vorlage aufgezeigt, welches Einsparpotenzial bei allen freiwilligen Leistungen zur Verfügung steht.

Angefangen von der Jugendarbeit und die Unterstützung für das Flüchtlingscafé über die Residenzort Rastede GmbH und den Bädern bis hin zur umfangreichen Vereinsunterstützung für unsere rund 200 ehrenamtlich geführten Vereine bestehen hier kurzfristige Einsparmöglichkeiten von rund 775.000 Euro und mittelfristig sogar von 6 Millionen Euro.

Eine dritte Option stellt eine weitere massive Reduzierung bei der baulichen Unterhaltung sowie bei den Schul- und Bildungsangeboten dar. Doch wer möchte bei der Ausbildung unseres Nachwuchses sparen und unsere bislang allseits gelobte Infrastruktur bis zum Substanzverlust „runterfahren“?

Diese teilweise sehr schmerzlichen Vorschläge sind zwar überwiegend verworfen worden, doch ich habe es als meine Pflicht angesehen, alle Möglichkeiten aufzuzeigen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Im Rahmen der Diskussionen war allerdings auch schnell klar: Das ein einfaches „weiter so“ auch keine Möglichkeit darstellt.

Wir alle möchten noch Ideen verwirklichen und den Residenzort Rastede weiter entwickeln, damit er auch in Zukunft lebens- und liebenswert bleibt.

- Wir alle wollen unsere ehrenamtlich geführten Vereine weiter unterstützen und unsere Top-Sportinfrastruktur erhalten beziehungsweise noch ausbauen;
- wir alle wollen uns unsere Bäder leisten und diese in den nächsten Jahren sanieren;

- wir alle stehen für den Ausbau der Kindertagesstätten, deren Zuschussbedarf sich allein von 2014 bis 2018 von 2,7 Millionen auf 5,4 Millionen Euro erhöhen wird;
- wir alle wollen in den nächsten Jahren die Hortsituation und den Ganztagschulbetrieb verbessern;
- wir alle wollen die Dorferneuerung Rastede-Nord (z. B. die Ortsdurchfahrt und den Dorfplatz in Hahn-Lehmden) und das Leader-Programm umsetzen sowie das Palais-Ensemble mitsamt dem Schlosspark- und dem Mühlenstraßenareal mit Leben erfüllen;
- und wir alle wollen uns auch für Senioren einsetzen und beispielsweise weitere adäquate Begegnungs- und Sportstätten in Wahnbek und Rastede einrichten.

Damit wir uns die gewollt sehr gute Infrastruktur auch künftig leisten können, müssen wir aus meiner Sicht daher einen Finanzierungsmix finden, der aus Mehreinnahmen **und** Einsparungen besteht.

Einfach nur die Steuern anzuheben und zu meinen, alles ist jetzt gut, ist ein gefährlicher Trugschluss, der schnell zum Eigentor werden kann.

Lieb gewordene Standards immer mal wieder auf den Prüfstand und auf die Notwendigkeit zu untersuchen, gehört für mich selbstverständlich auch immer wieder auf die Tagesordnung – und das werden wir auch im kommenden Jahr fortsetzen.

Einen Dank möchte ich an dieser Stelle dem ehrenamtlich tätigen Gemeinderat aussprechen. Trotz öffentlicher Schelte, die dem Rat fehlende Qualität und Ratlosigkeit attestierte, kann ich für mich feststellen, dass sich die politischen Gremien nicht nur in den Sitzungen, sondern auch in vielen Fraktions- und Klausurtagungen sehr intensiv mit dem Haushalt beschäftigt und sich die heute zu treffende Entscheidung keinesfalls leicht gemacht haben.

In allen Fraktionen und Gruppierungen wurden umfangreiche Überlegungen angestellt, inwieweit Einsparungen möglich sind, eigene aufwändige Berechnungen vorgenommen und insbesondere die Bedeutung der freiwilligen Leistungen bei der Unterstützung des Ehrenamts vielschichtig diskutiert, bevor erste Überlegungen über Mehreinnahmen angestellt wurden.

Letztendlich hat sich eine breite Mehrheit dafür entschieden, Rastede mit seiner ausgeprägten Infrastruktur nicht kaputt zu sparen, sondern zukunftsgerichtet weiter zu entwickeln und dafür entsprechende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Gerade in Zeiten wo es einer breiten Bevölkerungsschicht sehr gut geht und Vollbeschäftigung im Land herrscht, sollte aus meiner Sicht Jedermann einen kleinen Anteil dazu beitragen können, um unsere Gemeinde weiter zu entwickeln.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!